Nummer 160

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jägler, Kunst u. Wissenschaft Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei u. Verlag Ges.m.b.H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 75. Jahrgang Freitag, 4. April 1930

Keine Ueberspannung der direkten Steuern

Moldenhauer über die Steuergesetze. — Ueberwindung der Arbeitslosigkeit durch Entlastung der Wirtschaft. — Die Länder sollen sich selbst helfen.

Der Steuerausschuß des Reichstags

begann heute mit der Beratung der **Deckungsvorlagen**, zu denen der Benzin- und Benzolzoll gehört, sowie die Aenderung des Tabak- und Zuckersteuergesetzes, die Mineralwassersteuer, die Aenderung der Biersteuer, die Erhebung der Aufbringungsumlage für 1930 und die Verordnung über den Kraftfahrzeugsteuer-Zuschlag.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

eröffnete die allgemeine Aussprache mit dem Hinweis, daß die Deckungsvorlagen die Aufgabe hätten, das Defizit des Etats 1930 auszufüllen. Dieses Defizit war berechnet auf etwa 262 Mill. Mark. Es hat sich aber ergeben, daß es etwas höher sein wird. Durch Einnahmeausfälle und Mehrausgaben wird sich das Defizit mindestens auf 304 Mill. Mark, **möglicherweise auf 315 Mill. Mark erhöhen.** Das hängt auch von der Gestaltung des Etats für 1930 ab. Die Biersteuererhöhung um 75 Prozent wird nach der Schätzung für das erste Jahr, wo mit einem Konsumrückgang gerechnet wird, 240 Mill. Mark bringen, von denen 150 Millionen an das Reich und 90 Millionen an die Länder fallen. Der erhöhte Kaffee- und Teezoll bringt 55 Mill., der Benzin- und Benzolzoll 65 Millionen, wovon 25 Millionen an das Reich, 40 Millionen an die Länder fließen sollen. Da gleichzeitig der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer von fünfzehn auf zehn Prozent herabgesetzt werden soll, würden auf die Länder zehn bis elf Mill. Mark weniger fallen, so daß vierzig Millionen Mark tatsächlich eine Ueberweisung von dreißig Millionen Mark an die Länder bedeuten. Dazu kommt für Benzin und Benzol aus der inländischen Produktion eine Steuer, die auf 4,80 Mark bemessen wird. Die Vorlage wird noch in diesen Tagen dem Reichstag zugehen. Aus dieser Steuer ist eine Einnahme von 16 Millionen zu erwarten. Die Gesetzentwürfe über die Verkürzung und Fälligkeitstermine bei der Tabak- und Zuckersteuerlager sollen eine Einnahme von dreißig Millionen bringen. Aus der Industriebelastung sollen dem Etat selbst fünfzig Millionen zu einem Notstock für die Arbeitslosenversicherung verwendet werden. Schließlich soll noch die Mineralwassersteuer vierzig Millionen bringen. Zusammen ergeben diese Vorlagen ein Aufkommen von 306 Millionen für das Reich, und 170 Millionen für die Länder. Infolge des späteren Inkrafttretens der Gesetze durch die Neubildung der Regierung tritt ein Ausfall von mindestens 22 Millionen ein.

Für dieses Jahr stehen also 304 Millionen zur Verfügung, die dem Defizit entsprechen.

Die Regierung legt Wert darauf, daß auch das Branntweinmonopolsteuergesetz möglichst bald verabschiedet wird. In Vorbereitung ist ein Ermächtigungsgesetz, das die Regierung ermächtigen soll, die Kapitalertragssteuer zu einem möglichst frühen Termin aufzuheben und die **Kapitalverkehrssteuer** zu mildern, sobald der Zeitpunkt dazu gekommen ist. Beides soll das Einfließen ausländischen Kapitals erleichtern. Die Rentenbankzinsen der Landwirtschaft sind vom 1. April d. J. bereits aufgehoben. **Bis Ende nächster Woche, also vor Beginn der Osterpause müssen die Deckungsvorlagen verabschiedet sein, weil sonst die in der Sanierung begriffene Kassenlage wiederum in erhebliche Unordnung geraten würde.**

Abg. Dr. Rademacher (Dvp.):

Die vorliegenden Gesetzentwürfe bilden kein organisches Ganzes. Es fehlt das Gesetz über die Ausgleichssteuer für Benzin und Benzol, das Gesetz über den Finanzausgleich usw. Auf dem Gebiete des Benzin- und Benzolzolls bringt die Neuregelung eine Verschiebung der gegenseitigen Konkurrenzverhältnisse, die in ihrem gesamten Umfang berücksichtigt werden muß. Ferner sprach sich Dr. Rademacher dagegen aus, daß jetzt für das Notjahr Steuererhöhungen verlangt werden, während für das nächste Jahr schon Steuersenkungen in Aussicht gestellt werden. Man kann aber nicht damit rechnen, daß das nächste Jahr schon kein Notjahr mehr ist. Deshalb müßte man entweder die Steuererhöhungen für ein Jahr befristen, oder die Steuererhöhungen und Steuersenkungen organisch in einem Mantelgesetz verbinden. Die Tariferhöhung von neun Prozent für Schrott wird für die Industrie verhängnisvolle Folgen haben. Die drohende Frachterhöhung der Eisenbahn, besonders für Massengüter, sollte durch eine teilweise Entlastung der Reichsbahn von der Frachtsteuer zu Lasten des Reiches vermieden werden. Bei den Mineralölzöllen sollten Sonderbestimmungen für Leuchtpetroleum und das Droschkengewerbe eingestaltet werden. Eine schnelle Verabschiedung der Gesetze ist schon deshalb erwünscht, damit die Propaganda, die nach Ursprung und Art amerikanische Formen angenommen hat, aufhört. Eine gründliche Durchprüfung der Gesetze wird aber erforderlich sein.

Abg. Dr. Hertz (Soz.):

Die sozialdemokratische Fraktion hat immer betont, daß sie das Finanzprogramm in allen seinen Teilen als Ganzes betrachte. Im Gegensatz zu allen früheren Erklärungen des Finanzministers scheint er jetzt den Zusammenhang des Deckungsprogramms mit der Sanierung der Arbeitslosenversicherung aufgeben zu wollen. Bei einer solchen Trennung könnten aber alle Berechnungen des Ministers über den Haufen geworfen werden. Wenn nicht die finanziellen Fragen der Arbeitslosenversicherung und der Agrarmaßnahmen hier miterörtert werden, kann das Vorhaben der Reichsregierung und des Reichstags, den Etat endlich einmal auszubalancieren, nicht verwirklicht werden. Die Gesamtheilung der Sozialdemokraten wird abhängig sein von der Gestaltung des Finanzprogramms im ganzen. Wir sehen in der einseitigen Erhöhung von Verbrauchssteuern — das gilt auch für Bier- und Mineralwassersteuer — einen Mangel, der unter dem logischen Gesichtspunkt einer entsprechenden Besitzbelastung ausgeglichen werden muß. Wir hatten an dem Vorschlag fest, wenigstens für ein Jahr einen Zuschlag zur Einkommensteuer zu erheben, wobei die Masse der unteren und mittleren Einkommen ausgenommen sein soll.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer:

Auf die Frage nach den Zielen des Gesamtfinanzprogramms kann ich auf die Regierungserklärung verweisen, in der mit absoluter Deutlichkeit gesagt worden ist, was das Gesamtprogrammziel. Die Regierungserklärung hebt hervor, die dringend notwendige Senkung der Realsteuern und sie stellt ausdrücklich ab auf den Kompromiß, der zwischen den demaligen Regierungsparteien geschlossen war, und der drei Gebiete umfaßte, **die Regelung der Arbeitslosenversicherung, die Deckungsvorlagen und die Steuersenkung. Die Reichsregierung bekennt sich zu diesem Programm einer Finanzreform, die sich aus diesen drei Teilen zusammensetzt.** (Abg. Dr. Hertz (Soz.): Aber zu der Arbeitslosenvorlage der früheren Reichsregierung steht die jetzige nicht!) **Nein, in diesem einen Punkt ist das Programm der früheren Regierung verändert worden.** Die Reichsregierung steht zu dem letzten Kompromiß der früheren Regierungsparteien, in dem auch die Frage der Arbeitslosenversicherung geregelt ist. Wir haben in der Tat die Absicht, über die Sanierung der Kasse zur Entlastung der Wirtschaft zu schreiten. Ich bin nicht in der Lage, in diesem Augenblick, in dem sich neue Vorlagen in Vorbereitung befinden, Einzelheiten über das Osthilfeprogramm und die Agrarvorlagen anzugeben; ich kann nur erklären, **daß durch diese neuen Vorschläge jedenfalls der Etatsansatz nicht gefährt wird.** Wenn gefordert wird, daß wir der Reichsbahn 100 bis 150 Millionen Mark Beförderungssteuern im nächsten Jahre erlassen, so würde dadurch ein Ausfall entstehen, der an den Steuersenkungen fehlen müßte. Mir schien vordringlicher die Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer. **Wir stehen mit der Reichsbahn in Verhandlungen und hoffen, daß es möglich sein wird, eine Tariferhöhung zu vermeiden.** Schon im Programm meines Amtsvorgängers war vorgesehen eine Verlagerung der direkten Steuern auf die indirekten. Diese Umlagerung erfolgte aus dem gleichen Gedanken heraus, dem Reichslanzler Müller wiederholt Ausdruck gegeben hat, daß nämlich unsere

direkten Steuern überspannt

sind und zu einem Druck führen, unter dem das Gewerbe, namentlich der Mittelstand, zu erliegen droht, teilweise schon erliegt, und zu einer Kapitalflucht, zu einem Nachlassen der Unternehmungslust, so daß das ausländische Kapital nicht mehr wagt, in Deutschland Anlagen zu suchen, weil es fürchtet, bei diesen Steuerverhältnissen die nötige Rente nicht zu finden. **Bei der Kapitalflucht müssen wir mit außerordentlich hohen Beträgen rechnen.** Dieser Kapitalflucht, diesem Pessimismus entgegenzutreten und die schwere Belastung des Gewerbes zu mildern, war das Ziel, das zu dem Gedanken führte, die direkten Steuern abzubauen und dafür die indirekten in der Weise zu erhöhen, daß sie keine entbehrlichen Nahrungsmittel treffen, sondern zum allgemeinen Nutzen die entbehrlichen belasten. Wir müssen uns von der Vorstellung freimachen, als ob die indirekten Steuern nur die Arbeiter, Angestellten und Beamten belasten, während die direkten den Besitz treffen. Einmal ist doch die Belastung durch die indirekten Steuern in ganz weitem Umfange durch die Erhöhung der Tariflöhne ausgeglichen. Für weite Schichten ist der Reallohn nicht gesunken. Auf der anderen Seite darf man nicht übersehen, daß eine Ueberspannung der direkten Steuern am allerstärksten wiederum die Arbeiterschaft trifft, weil die mangelnde Kapitalbildung und das Sinken der Rente zu Betriebseinstellungen und zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit führt. Wenn wir als die größte soziale Aufgabe der Gegenwart die

Ueberwindung der Arbeitslosigkeit

betrachten, so wissen wir, daß das Problem nicht wurzelt in einer möglichst gut ausgestalteten Arbeitslosenversicherung, sondern in der Frage, wie man den jetzt erwerbslosen Arbeitern Arbeit und Brot verschaffen kann. Man muß also sagen: ein Steuerprogramm, das versucht, zunächst einmal die Kasse in Ordnung zu bringen, das versucht, Ruhe in die Wirtschaft zu bringen und den Kredit zu heben, muß sich auswirken zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit durch Entlastung der Wirtschaft, die viel weniger dem Unternehmer zu gute kommt als der großen Masse, die dort Beschäftigung findet. Man wird also sagen müssen, ein solches Programm wie wir es vorlegen, ist ein durchaus soziales Programm, weil es für Beschäftigung sorgt, und den Arbeitslosen Arbeit und Brot schafft.

Deshalb wende ich mich auch gegen den Vorschlag, nunmehr die Einkommensteuer zu erhöhen. Die exorbitant hohen Sätze unserer Einkommensteuer führen ja schon dazu, daß in steigendem Maße reiche Leute auswandern und andere von Deutschland ferngehalten werden.

Eine Erhöhung der Einkommensteuer in diesem Augenblick würde eine geradezu katastrophale Wirkung

haben und alle die schlimmen Folgen des jetzigen Systems noch steigern. Wenn man diese Maßnahme nur für ein Jahr vorschlägt, so würde das an der Bedenklichkeit nichts ändern. Die Leute würden dann eben für dieses Jahr ihr Kapital noch im Ausland anlegen. — Ueber die Finanzen der Länder und Gemeinden wollte ich bei der Vorlage des Finanzausgleichs nähere Mitteilungen machen. Die Länder rechnen mit einem Fehlbetrag von mindestens 200 Millionen Mark, so daß die vorliegenden Entwürfe nur unzureichend die Hälfte decken können. Es ist selbstverständlich die Aufgabe der Länder und Gemeinden, sich zu überlegen, wie sie durch Kürzung der Ausgaben oder Erschließung neuer Mittel sich über diese Schwierigkeiten hinweghelfen.

Auf das Reich kann der Fehlbetrag der Länder nicht einfach übernommen werden.

Wir beabsichtigen, ein Ausgabensenkungsgesetz für Reich, Länder und Gemeinden vorzulegen, aber diese Vorschläge können sich erst im Laufe des Jahres auswirken. In dem Kompromißvorschlag war ja auch ein beweglicher Faktor vorgesehen. Württemberg hat bereits die Bürgerabgabe eingeführt, in Bayern besteht sie fakultativ, und Sachsen und Baden planen auch die Einführung solcher Abgabe.

Abg. **Renner** (Komm.) beantragte Vertagung der Beratung über die vorliegenden Steuergesetze.

Abg. **Dr. Becker** (D. Vp.) widersprach diesem Antrage, da zu einer Vertagung gar kein Anlaß vorliege. Wenn die Vorlagen einer Partei nicht passen, so könne sie sie ja ablehnen.

Vorsitzender **Dr. Oberfohren** (Dnat.) erklärte, daß er den Vertagungsantrag der Kommunisten nach Schluß der Generaldebatte zur Abstimmung bringen werde.

Hierauf wurde die Ausschußsitzung wegen des frühen Beginns des Plenums abgebrochen. Fortsetzung der Generaldebatte am Sonnabend.

Die deutschen Mitglieder im Verwaltungsrat der BJZ.

W. T. B. meldet:

Nach der Satzung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (B. J. Z.) hat der Reichsbankpräsident als deutsche Mitglieder des Verwaltungsrates der Bank einen „Vertreter der Finanz, der Industrie oder des Handels" und einen weiteren „Deutschen, der Industrie oder Handel vertritt", zu ernennen. Außerdem ist von Amts wegen Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbankpräsident selbst. Nachdem die Auswahl der deutschen Vertreter mit Rücksicht auf den bevorstehenden Wechsel im Amt des Reichsbankpräsidenten bisher ausgesetzt war, hat Reichsbankpräsident Dr. Luther am Tage seines Amtsantritts Herrn Dr. Carl Melchior in Hamburg und Herrn Kommerzienrat Dr. Paul Reusch in Oberhausen, Rheinland, zu Mitgliedern des Verwaltungsrates berufen. Zu seinem Stellvertreter im Verwaltungsrat der B. J. Z. hat der Reichsbankpräsident Herrn Geh. Finanzrat Dr. Bocke, Mitglied des Reichsbankdirektoriums, ernannt.

Die allmonatlichen Konferenzen der BJZ.-Direktoren.

London, 4. April.

Der Direktor der Bank von England Sir Charles Addis kam gestern abend in einer Rede vor dem Institut der Bankiers auf die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zu sprechen und sagte: Ihre wichtigste Aufgabe ist die Förderung der Zusammenarbeit der Zentralnotenbanken. Solche Zusammenarbeit hat selbstverständlich schon früher bestanden. Aber der Unterschied ist, daß die Gouverneure der wichtigsten Zentralbanken jetzt in ihrer Eigenschaft als Direktoren der BJZ allmonatlich zusammenkommen werden, ohne daß dadurch, wie bei früheren Zusammenkünften unerwünschtes Aufsehen erregt wird und allerhand Gerüchte in Umlauf gebracht werden. Hierdurch ist in der Vergangenheit nicht selten der Zweck solcher Zusammenkünfte vereitelt worden. Ich glaube, die Wichtigkeit solcher Konferenzen kann nicht hoch genug bewertet werden. Sie bieten Gelegenheit zur persönlichen Fühlungnahme, zum Austausch von Ideen, zur Mitteilung von Informationen über die Lage der verschiedenen Märkte, zur Unterfuchung des ganzen Feldes des internationalen Kredit- und Finanzwesens, zur Prüfung der verschiedenen Pläne für die Erschließung unentwickelter Märkte und zu Beschlüssen über eventuelle gemeinsame Geldpolitik oder Maßnahmen zum Schutze der europäischen Währungen. In dieser Richtung erwarte ich die wohltätigsten Ergebnisse von der BJZ. Sie wird sich vielleicht auch als eine wertvolle Hilfe bei der Wahrung des internationalen Friedens erweisen.

Revolveranschlag auf den Revaler Garnisonchef.

Reval, 4. April.

Gestern abend wurde auf den Garnisonchef General Unt, als er sich auf dem Wege nach seiner Wohnung befand, auf der Straße ein Attentat verübt. Ein Unbekannter, der ihn verfolgt hatte, gab von hinten einen Revolverschuß auf ihn ab. Der General wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Der Täter entkam in der Dunkelheit.

Wie die OE-Korrespondenz aus Reval meldet, gilt es als sicher, daß die Täter zu den kommunistischen Kreisen gehören. General Unt hatte als Leiter der inneren Verteidigung bei den Maßnahmen mitzuwirken, die gerade in letzter Zeit gegen die kommunistische Wühlarbeit getroffen worden sind. Soeben ist wieder eine großangelegte Spionageorganisation der Kommunisten in Reval aufgedeckt worden. Im Zusammenhang damit wurde ein Beamter des Kriegsministeriums verhaftet, der sich im Gefängnis erhängt hat.

Ein neues Rapallo?

Seit dem Schachty-Prozeß haben sich die deutsch-russischen Beziehungen zusehends verschlechtert. Immer öfter siegte in den letzten Jahren in Moskau die bolschewistische „Staatsräson" über die Realpolitik, immer öfter wurde die Kommunistische Internationale zur Leiterin der russischen Außenpolitik. Wenn jemand zur Zeit des Schachty-Prozesses die Trübung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland für eine vorübergehende Erscheinung gehalten hat, so ist man durch die Entwicklung der letzten Zeit und vor allem der letzten Monate eines besseren belehrt worden. Das Auf und Nieder in den Beziehungen zwischen Staaten bedingt abwechselnd Wärme und Kühle; das jedoch, was sich auf dem Gebiete der deutsch-russischen Beziehungen abspielt, beweist, daß auf der Sowjetseite gewisse sozusagen organische Faktoren bestimmend sind, die das Zusammenarbeiten mit der „kapitalistischen Umwelt" nicht nur hemmen, sondern immer schwieriger gestalten.

Die deutsch-russischen Beziehungen erhielten ihre vertragliche Grundlage zu einer Zeit, als die Sowjetregierung nach der Katastrophe des Kriegskommunismus eine klare Wendung nach rechts vollzogen hatte, die eine graduelle Annäherung an den Westen möglich, wenn nicht sogar wahrscheinlich, erscheinen ließ. Die Neue Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung, der Nep., ließ trotz aller grundsätzlichen Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme die Existenzberechtigung von deutsch-russischen Verträgen nicht anzweifeln. In der optimistischen Stimmung von Rapallo glaubte man an eine Weiterentwicklung der Rechtstendenzen in der Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung und unterschätzte infolgedessen das in den Beziehungen zu Rußland sehr wesentliche Moment, nämlich, daß das Wohl und Wehe der deutsch-russischen Verträge von den unberechenbaren Umschaltungsmöglichkeiten des Sowjetstaats auf dem Gebiete von Politik und Wirtschaft abhängt.

In der Zwischenzeit haben sich in Rußland in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht Dinge abgespielt, die nicht nur jede Weiterentwicklung der Nep-Politik ausschließen, sondern auch diese Nep-Politik selbst so gut wie völlig beseitigt haben. Wenn es auch richtig ist, daß die Politik der Sowjetregierung seit jeher zwischen Rechts und Links schwankt, so bedeutet doch die Entwicklung der letzten Jahre und vor allem im laufenden Wirtschaftsjahre 1929/30 eine völlige Umgestaltung der russischen Volkswirtschaft, so daß ein eventueller Pendelschlag nach rechts, wie er vielleicht zur Zeit zu beobachten ist, keine grundsätzliche Veränderung bringen würde. Hierdurch ist den deutsch-russischen Wirtschaftsverträgen, aber nicht nur den Wirtschaftsverträgen, in mehr als einer Beziehung ihre bisherige Grundlage entzogen. Der an sich schon sehr problematische Wert papierener Paragraphen im Verkehr mit dem bolschewistischen Rußland ist heute nahezu illusorisch geworden, wobei die Voraussetzungen der deutsch-russischen Wirtschaftsverträge vom 12. Oktober 1925 auf russischer Seite kaum mehr bestehen.

Bekanntlich stehen deutsch-russische Verhandlungen bevor. Voraussichtlich dürften sie schon Anfang Mai in Berlin aufgenommen werden. Sie bezwecken die „Anpassung der deutsch-russischen Verträge an die gegenwärtigen Verhältnisse". Es ist jedoch anzunehmen, daß es bei einer solchen Anpassung, durch die nur die Ersetzung von Paragraphen durch andere Paragraphen erreicht werden würde, nicht bleiben wird. Was notwendig ist und was im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen auch verlangt werden muß, ist eine grundsätzliche Revision der Verträge, bei der die Grundlage nicht die bisherigen Abkommen, sondern die gegenwärtige Lage in Rußland und die berechtigten Klagen und Forderungen der deutschen Politik und Wirtschaft bilden müssen.

Unwillkürlich drängt sich in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob der Vertrag von Rapallo und der sogenannte Berliner Vertrag dem heutigen Stande der deutsch-russischen Beziehungen in vollem Umfange gerecht werden. Diese Frage hat nichts mit sowjetfreundlicher Politik oder „Antisowjetfront" zu tun — unter Umständen vielleicht mit dem Problem der „Antisowjetfront", insofern es auch im russischen Interesse liegen dürfte, die kulturelle und moralische Front gegen Rußland in Deutschland und in anderen Ländern nicht auf das rein außenpolitische Gebiet übergreifen zu lassen. Daß die deutsch-russischen Beziehungen auch politisch an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt sind, wird wohl von niemand bezweifelt und, wenn man auch den „Draht nach Rußland" für einen wichtigen Bestandteil des außenpolitischen Netzwerks der deutschen Politik hält, so ist doch die Frage der Revision der politischen Verträge zwischen Deutschland und Rußland nicht zu umgehen. Es ist dabei allerdings fraglich, ob man sich deutscherseits auf eine vertragliche Festlegung einer sogenannten „Propagandaklausel" versteifen sollte, denn die bisherigen Erfahrungen mit dieser Klausel auf dem Gebiet der russisch-englischen Beziehungen zeigen aufs Neue, daß Rußland seine Propaganda weiter betreibt und auch im Falle Deutschlands, wie infolgedessen anzunehmen ist, weiterbetreiben würde.

Trotz der optimistischen Erklärungen einiger englischer Politiker stagnieren die englisch-russischen Beziehungen ebenfalls seit einiger Zeit. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Kabinett Macdonald mit der Flottenkonferenz, Indien, Aegypten, Arbeitslosigkeit und dergleichen mehr die Hände voll zu tun hat. Die Stagnation in den englisch-russischen Beziehungen ist jedoch sicherlich nicht allein darauf zurückzuführen! Man gewinnt immer stärker den Eindruck, daß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Moskau